

800 000 Mann setzte es in den Kampf ein. Die Erfahrungspenale waren gefüllt, und die jüngsten Jahrgänge wurden unter die Fahnen gerufen. Zu den bereits in Friedenszeiten vorhandenen 5 Armeekorps und 2 Kavalleriedivisionen trat etwa die gleiche Stärke von Reserve-Infanterie-Divisionen. Bereits sechs Wochen nach der Kriegserklärung waren die Hauptkräfte der Rumänen geschlagen. Die rumänische Armee hatte bis dahin 37 000 Mann an Gefangenen, 80 000 an blutigen Verlusten, 244 Geschütze und 14 Infanteriegeschütze verloren. Seitdem hat sich ihr militärischer Zusammenbruch unaufhaltsam fortgesetzt, und jetzt kämpft Rumänien um seine Existenz. Über 70 000 Mann hat es bereits an Gefangenen verloren. Seine blutigen Verluste werden wohl das Dreifache betragen.

Der Rücktritt des russischen Generalstabschefs Alexejew.

Stockholm, 30. November. Der für zwei Monate beurlaubte russische Generalstabschef Alexejew wird, wie der „Njetsch“ erfährt, voraussichtlich nicht wieder auf seinen Posten zurückkehren. Seine Beurlaubung wird darauf zurückgeführt, daß trotz der von der russischen Heeresleitung getroffenen Gegenmaßnahmen die rumänischen Niederlagen nicht verhindert werden konnten. Sein vorläufiger Nachfolger General Gurto gilt als entschlossener rücksichtsloser Charakter vom Typ General Brussilows.

Eine Erklärung Radoslawows.

Sofia, 29. November. (B. I. B.) In der Sobranje sagte heute Ministerpräsident Radoslawow bei Darlegung der politischen Lage des Landes u. a.: Die Nachrichten von dem Kriegsschauplatz in Rumänien, wo unsere Truppen bereits die Donau-Är auf der ganzen Länge ihres Laufes überschritten haben und die auf Bukarest zurückweichenden rumänischen Truppen verfolgen, lassen erkennen, daß die dort im Gange befindlichen Operationen sehr bald mit einem glücklichen Ausgang abschließen werden. Schließlich erklärte Radoslawow, er hoffe, daß in einiger Zeit die verbündeten Regierungen ihren Parlamenten gleiche Nachrichten bekanntgeben können, die die Zustimmung aller verbündeten Nationen finden werden.

Nach einer Meldung der „B. J. a. M.“ aus Sofia wird in allen politischen Kreisen die Äußerung des Ministerpräsidenten Radoslawow in der Sobranje eifrig erörtert. Eingeweihte Kreise bringen seine Äußerung mit dem Umstande in Zusammenhang, daß das siegreiche Vordringen in Rumänien weittragende politische Folgen nach sich ziehen dürfte.

Die Lage in Griechenland.

Admiral Jounet bei Konstantin.

Bern, 30. November. (B. I. B.) „Secolo“ meldet aus Athen: Admiral Jounet wurde gestern früh vom König Konstantin in über einstündiger Audienz empfangen. In Ententekreisen ist man wieder optimistischer und glaubt, daß ein Kompromiß in der Frage der Übergabe von Waffen und Munition zustande gekommen sei. Wie man erfährt, betonte Jounet den unerschütterlichen Willen, auf den 1. Dezember vierzig Gebirgsartillerie-Batterien zu erhalten und wies auf die energischen Zwangsmaßnahmen hin, die er dieserhalb eventuell ergreifen würde. Angesichts der Bewegung der Referovisten, die heftigen Widerstand zu organisieren versuchen, fragte Jounet, wie die griechische Regierung die öffentliche Ordnung aufrecht erhalten wolle, so daß er selbst nicht zu Zwangsmaßnahmen greifen müsse. Der für gestern anberaumte Kronrat wurde abgesagt. Nach anscheinend zuverlässigen Nachrichten sollten der König und Jounet sich dahin verständigt haben, daß auf den 1. Dezember 40 Kanonen ausgeliefert werden, während Jounet auf das übrige Kriegs- und Waffenmaterial verzichten würde. Nach anderen Nachrichten jedoch soll der König seine kategorische Erklärung wiederholt haben, daß er keine Art Kriegsmaterial abtreten könne. General Mercier traf in Athen ein und wird wahrscheinlich heute vom König empfangen werden.

Rücktritt des Kriegsministers.

Athen, 28. November. (B. I. B.) Reuter: Der Kriegsminister ist aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten. General Haggopoulos, zur Zeit in Korfu, wird an seine Stelle treten. Bis zu seiner Ankunft werden die Geschäfte vom Ministerium des Innern wahrgenommen.

Ueberreichung eines deutschen Protestes in Washington.

Washington, 30. November. (B. I. B.) Graf Bernstorff überreichte Lansing eine Note, in der gegen den Abtransport der deutschen, österreichisch-ungarischen, türkischen und bulgarischen Befandten aus Griechenland, der eine Verhöhnung der Völkerrechte, der freien Willensbestimmung der neutralen Staaten und der elementarsten Grundlagen der internationalen Gerechtigkeit bedeute, Einspruch erhoben wird. Lansing ist gebeten worden, den Protest Großbritannien zu übermitteln.

Einstellung des amerikanischen Hilfswerks in Serbien.

New York, 29. November. (Reuter-Meldung.) Österreich-Ungarn hat das amerikanische Rote Kreuz gebeten, das Hilfswerk in Belgrad und anderen Teilen Nordserbiens einzustellen, sobald die jetzt vorhandenen Bestände verteilt sind. Gründe dafür werden nicht angegeben.

Reiseverbot für Amerikaner in der Türkei.

Washington, 29. November. (B. I. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus: Der amerikanische Botschafter in Konstantinopel teilte dem Staatsdepartement mit, die Türkei könne aus militärischen Gründen nicht gestatten, daß einige hundert gebürtige und naturalisierte Amerikaner die

Türkei über Jassy verlassen, wozu früher bereits die Erlaubnis erteilt worden war. Von der Türkei wird dabei geteilt gemacht, daß der Beamte, der das Abkommen abschloß, dazu nicht autorisiert war. In den Vereinigten Staaten ist man darüber sehr erregt.

Verschärfung der innern Krisis in Rußland.

Stockholm, 30. November. „Svenska Dagbladet“ erzählt von Augenzeugen aus Rußland, daß die Lebensmittelfrage immer brennender würde. Die Unruhe der Massen wächst ständig. In den Vorstädten von Petersburg fanden oft Zusammenstöße zwischen Kojaken und Einwohnern statt. Das Blatt sagt fernerhin: Streikunruhen sind in letzter Zeit auch ziemlich an der Tagesordnung, obwohl jetzt Streikende in die Schützengräben geschickt werden. Die allgemeine Kriegsmüdigkeit greift von den Städten auf das Land über. Die Unzufriedenheit kann nur durch das Mittel unterdrückt werden, das in Rußland in kritischen Tagen immer angewendet wird, nämlich die harte Hand, die zuschlägt. Die jetzige Lage in Rußland, so schlecht der Bericht des Schweden wirklich, muß zu der Annahme bestimmen, daß man während des Winters und vielleicht ziemlich bald recht überraschende Neuigkeiten von dort hören wird. Trotz aller Ableugnungen steht Rußland vor einer Entscheidung; denn man ist sich allgemein darüber klar, daß der jetzige Zustand unhaltbar ist.

Die Kohlennot in Frankreich.

Bern, 30. November. (B. I. B.) „Petit Parisien“ meldet aus Amiens: Die Stadt ist vollkommen ohne Kohle. Die elektrischen Leitungen und der Straßenbahnverkehr, alles ist abgestellt. Die Fabrikbetriebe sind lahmgelegt. Die Erregung in der Stadt ist außergewöhnlich, da auch die Kohlen für den Hausbedarf ausgegangen sind. Seit mehreren Tagen muß die Polizei vor den Kohlenlagern einen Ordnungsdienst aufrechterhalten. Auch aus dem ganzen Departement treffen beunruhigende Nachrichten über Kohlemangel ein. Die Bürgermeister verlangen die notwendigen Kohlen zur Brotbereitung und Heizung der Schulräume.

Longwy-Briey unter deutscher Zivilverwaltung.

Eine weitere deutsche Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten ist, wie die „Post“ berichtet, beim Gouvernement Metz eingerichtet. Ihr unterstellt ist das französische Gebiet von Longwy und Briey. Es geht dies aus der neuen Bekanntmachung über die Beglaubigung von Unterschriften und die Legalisation von Urkunden in den besetzten Gebieten hervor. Zuständig für die öffentlichen Beglaubigungen sind der Chef der Zivilverwaltung, der Vorsitzende und Einzelrichter des deutschen Gerichts für dieses Gebiet und die deutschen Notare, die zur Ausübung ihres Amtes innerhalb dieses Gebietes zugelassen sind. Die Legalisationen gehören zur Zuständigkeit des Chefs der Zivilverwaltung. Das Gebiet gehörte früher zum Kaiserlichen Generalgouvernement in Brüssel. Der Bundesrat hatte den Reichskanzler ermächtigt, die entsprechenden Vorschriften für andere besetzte Gebiete zu erlassen und die zuständigen Dienststellen zu bestimmen.

Eine Flaschenpost von der „Hampshire“.

Stavanger, 29. November. (B. I. B.) Auf Vesteramoy im Stavangerfjord trieb eine Flasche mit einem Zettel an Land. Der in englischer Sprache folgende Wortlaut enthielt: „S. M. S. „Hampshire“. Wir sind in einem offenen Boot, welches aber stark leck ist, es wird nicht mehr lange dauern. Wir können das Land noch nicht sehen. Lebt alle wohl! Wir wissen, daß wir gerettet werden. Die Jungen werden dafür sorgen. Wir wurden zweimal torpediert und hatten nicht Zeit, wieder zu feuern, ehe das U-Boot verschwand und wir sanken. Fünf von uns sind jetzt hier alle todmüde vom Rudern und Wasserschuppen. Dies ist das Letzte von uns. Wenn es gefunden wird, schickt es Frau Smith, Southfields.“

Der Zettel ist offenbar echt und heute dem britischen Konsul übergeben worden. Die „Hampshire“ war am 5. Juni gesunken. Mit ihr ging bekanntlich Kitchener unter.

Fünf versenkte Dampfer

London, 30. November. (B. I. B.) Cloyds meldet: Die drei englischen Dampfer „King Malcolm“, 4351 Bruttoregton, „Moresby“, 1763 Bruttoregton, und „Maude Carlsen“, 1222 Bruttoregton, ferner der norwegische Dampfer „Terra“, 1688 Bruttoregton, und der spanische Dampfer „Cuclenne“ sind versenkt worden.

Englische Bewegung für eine Flottenoffensive.

Bern, 30. November. (B. I. B.) Der „Temps“ meldet aus London: Am Freitag findet eine große Versammlung von Geschäftsleuten der City statt, um von Seiten der Geschäftswelt die Forderung einer energischen Flottenpolitik festzulegen.

Unterredung mit dem Reichskanzler über die Friedensfrage.

Der bekannte amerikanische Journalist Dr. William Hale hatte nach der „Köln. Zeitung“ am Dienstag eine Unterredung mit dem Reichskanzler, in der Hale entschieden betonte, daß für seine Landsleute die Äußerungen des Reichskanzlers über eine internationale Vereinbarung zur Sicherung des Friedens ein ganz besonders hervorragendes Interesse hätten, wobei der Kanzler erwiderte, es scheine, als ob die englische Presse den Auftrag erhalten habe, seine

Worte über die Bereitschaft Deutschlands, sich einer Friedensvereinigung anzuschließen, absichtlich falsch auszulegen. Seine Worte bedeuten nichts anderes, als eine aufrichtige lebhafteste Erklärung der Bereitschaft Deutschlands, an der Sicherung des Weltfriedens mitzuwirken. Das deutsche Volk sei durchaus entschlossen, diesen Krieg zu Ende zu führen und in diesem Entschluß rufen wir die ganze Kraft eines einigen Volkes auf. Unsere wiederholten Versicherungen, in Friedensverhandlungen einzutreten, haben niemals einen Widerhall gefunden. Wir folgen hierbei lediglich einem Gebote der Menschheit, nicht aber der Furcht. Wenn unsere Feinde eigensinnig sind und ihre hoffnungslosen Anstrengungen fortsetzen wollen, so können wir nur forsühren, den schweren Preis ihrer Dummheit zahlen zu lassen. An keiner Stelle der Front brauchen wir irgendwelche Besorgnisse zu hegen. Wir beginnen Verteidigungsmaßnahmen von überwältigender Größe. Indessen, während das deutsche Volk mit unerschütterlicher Entschlossenheit den Kampf weiterführt, so lange er nötig ist, um die Sicherung unserer nationalen Bestimmungen zu erreichen, war und ist es stets unser Wunsch, die Betätigungen des Friedens so bald wieder aufzunehmen, als es uns möglich ist.

Der „Zugang zum Kanal“.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ bespricht in einem längeren Artikel „Fünf Grundzüge des deutschen Friedens“ und sagt mit Beziehung auf den Westen unter anderem: „Über Belgien ist eigentlich kein Wort mehr zu verlieren: wir brauchen den Zugang zum Kanal und wir brauchen Antwerpen. Wer Belgien haben will, mag es sich bei uns holen. Wir sind dabei in der glänzenden politischen Lage, daß wir dort kommen als Befreier; wir kommen nicht als Unterdrücker, sondern wir wollen dem starken Volke der Flamen, den alten Franken, welche das römische Gallien erschlagen haben, wiederum die volle Freiheit bringen, die ihnen nicht durch Nacht, sondern durch List gestohlen ist.“ Wir haben dieses durch ein mächtiges Bist gestiftet: durch die Schaffung der flämischen Hochschule, wir wollen ihnen mehr geben: die volle volkliche und staatliche Selbständigkeit unter deutscher Oberhoheit. Dem germanischen Reiche, das so entsteht, mag sich die kleine Wallonei fügen.“

Über die Bedeutung des Zugangs zum Kanal für Deutschland schreibt Graf Reventlow in der „Deutschen Tagesztg.“:

Die Behauptung: die Beherrschung der skandinavischen Küste könne nicht den Zugang zum Ozean erzwingen, sei insoweit wesslos, beruht durchweg in der Unfähigkeit, das maritime Problem nach dem Wesen des Seekrieges und der Seekriegsführung zu beurteilen. Die skandinavische Küste hat ihren Wert nicht als Stück der Kanaldurchfahrt als solcher, sondern als strategische Basis für unsere Flottenstreitkräfte, und ihr Hinterland als Basis für Luftstreitkräfte. Dieser Wert aber kann gar nicht hoch genug eingeschlagen werden. Wir haben schon früher immer wieder betont, und das gilt für jede maritime Basis, daß ihre Bedeutung an und für sich höchstens so weit reicht, wie die wirkliche Tragweite ihrer Küstengeschütze. Wie der frühere französische Marineminister de Lanessa schrieb, sind maritime Stützpunkte ohne entsprechende Schiffe und Geschwader nur Ställe ohne Pferde darin. Das stimmt auch hier, also die notwendige Ergänzung ist die Schaffung und Erhaltung entsprechender Seestreitkräfte. Sehen wir das aber voraus, so würde unsere maritime Stellung an der skandinavischen Küste in Verbindung mit der anderen Basis unserer Flottenstreitkräfte im Nordseewinkel eine ganz gewaltige und entscheidende Machtvermehrung an der Nordsee ergeben. Abgesehen von der Unfertigkeit der deutschen Flotte gegenüber dem Ziele des Flottengesetzes bei Beginn des Krieges, liegt ihre strategische Schwäche in der denkbar ungünstigen Lage ihrer einzigen Nordseebasis in der weit eingezogenen Nordsee-Ecke der deutschen Bucht, welcher strategisch beherrschend gegenüber die lange vorgelagerte großbritannische Küste sich befindet: die mit Häfen und allen Hilfsmitteln reich ausgestattete strategische Linie gegenüber dem strategischen Punkte. Halten wir aber die skandinavische Küste als maritime Basis inne, so ändert sich das Verhältnis mit einem Schlage. Der strategische Punkt wird zur ausgebeuteten strategischen Linie — das Dazwischenschieben der holländischen Küste bedeutet keinerlei Nachteil —, und diese Linie hat eine sehr günstige Lage zu den englischen Küsten und Häfen. Der alte deutsche Risikogedanke kann dann trotz auch der mächtigsten Koalitionen mit Sicherheit durchgeführt werden. Die Nähe einer mit allen Mitteln der Technik planmäßig ausgestatteten skandinavischen Küste zu den großbritannischen Küsten, und zwar an deren empfindlichsten Gegenden und Gewässern, wird unseren Seestreitkräften eine unvergleichlich günstige Basis Großbritannien und dessen Seekriegsführung gegenüber geben und ihnen gestatten, sei es durch ihr Vorhandensein allein, sei es durch den Kampf zur See und in der Luft, dem Deutschen Reiche die Freiheit des Zuganges zum Ozean zu erzwingen, nicht in dem mißverständlichen Sinne, daß man versucht, eine geschlossene Tür durch Anrennen gewaltsam zu öffnen, sondern, daß man dem sie Schließenden die Kraft nimmt, sie geschlossen zu halten.

Daß die Sache so und nicht anders liegt, weiß man zu London ebenso genau wie zu Washington. Daher die ruhende Begeisterung für „Wiederherstellung“ Belgiens, für Heiligkeit der Verträge, für internationale Papierbestimmungen über Freiheit der Meere.

Nur in Deutschland herrscht schwer begreifliches Unverständnis nicht nur für das stigierte maritime Problem, sondern für die Gelegenheit überhaupt: eine eigene wirkliche Freiheit des Meeres dem Deutschen Reiche zu sichern. Soll das Verpassen dieser Gelegenheit zum geschichtlichen Markstein für unsere Nachkommen werden?